

539 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 8. Juni 1971,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Luftverkehrsgesetz
und die Verordnung über Luftverkehr geändert werden

Der Beitritt Österreichs zum Haager Protokoll vom
28. September 1955 zum Warschauer Abkommen macht eine Erhöhung
der Haftungshöchstgrenzen im Luftverkehr notwendig. Um ein
Auseinanderklaffen der Haftungshöchstbeträge des Haager
Protokolls und der des Luftverkehrsgesetzes zu verhindern,
sollen daher durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des
Nationalrates die innerstaatlichen Haftungsgrenzen angehoben
werden, besonders soweit es sich um die Haftungshöchstgrenzen
in der Haftung aus dem Beförderungsvertrag handelt. Weiters
sieht der Gesetzesbeschluß des Nationalrates für den
Luftfahrzeughalter, sofern er Inhaber eines Luftverkehrs-
unternehmens ist, die Einführung einer Pflichthaftpflicht-
versicherung für den Bereich der Haftung aus dem Beförderungs-
vertrag vor.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom
22. Juni 1971 in Verhandlung genommen und einstimmig be-
schlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch
zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 8. Juni
1971, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Luftverkehrs-
gesetz und die Verordnung über Luftverkehr geändert werden,
wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 22. Juni 1971

Dr. Jolanda O f f e n b e c k
Berichterstatter

N o v a k
Obmann